

Vor Einstieg in die Diskussion zum Tagesordnungspunkt gibt Bürgermeister Raetz eine aktuelle Information zu den Flüchtlingszahlen und die Flüchtlingsunterbringung in Rheinbach. Mit Stand heute habe die Stadt Rheinbach in diesem Jahr 239 Zuweisungen bekommen. Insgesamt seien 347 Flüchtlinge in städtischen oder angemieteten Objekten untergebracht. Bemerkenswert sei hier, dass in den offiziellen Statistiken die Menschen, die eine Anerkennung oder Duldung haben, nicht aufgeführt sind, so dass für Rheinbach eine offizielle Zahl von 260 Flüchtlingen angegeben werde. Begründung hierfür sei, dass man bei einer Anerkennung oder Duldung davon ausgehe, dass diese Menschen sich auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen, was aber de facto nicht der Realität entspreche. Neben den bestehenden bereits genutzten Wohnobjekten habe die Stadt weitere 70 Wohnobjekte geprüft. Hier habe die Stadt sich allerdings auch finanzielle Grenzen gesetzt, um sich vor Geschäftemachern zu schützen.

Aktuell habe die Stadt aufgrund der wöchentlichen Zuweisung ab kommenden Mittwoch ihr Limit erreicht. Erst ab 01.11.2015 werden weitere Wohnobjekte mit kleineren Wohneinheiten zur Verfügung stehen. Morgen, am 20.10.2015 werde ein Ortstermin in der Mehrzweckhalle Ramershoven stattfinden. Im Falle von weiteren Zuweisungen in dieser Woche werde die Stadt die Mehrzweckhalle belegen müssen. Die entsprechenden Vorkehrungen seien bereits getroffen. Da ein Ende des Flüchtlingsstroms jedoch nicht abzusehen sei, sei die Belegung weiterer Mehrzweckhallen und danach die Inanspruchnahme von Turnhallen zu erwarten. Auch den Bau von Häusern in Holzbauständerweise habe man bereits in Betracht gezogen. Die Verwaltung habe einen Krisenstab eingerichtet, der regelmäßig tage. Darüber hinaus gebe es eine Arbeitsgruppe, die sich ausschließlich mit der Beschaffung von Wohnraum beschäftige. Am Freitag, dem 16.10.2015 habe die Verwaltung gegen 17.30 Uhr ein Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln erhalten mit dem Inhalt, dass alle Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis bis zum kommenden Montag (heute) mindestens 70 Plätze für die Erstaufnahme bereitzustellen haben.

Heute habe diesbezüglich ein Treffen der Bürgermeister mit dem Landrat stattgefunden. Einvernehmlich – bis auf 3 Kommunen – habe man Fehlanzeige erstattet, da diese Art des Verfahrens nicht akzeptabel sei. Darüber hinaus habe die Stadt Rheinbach die ansässige Landeseinrichtung – das Staatliche Berufskolleg; hier: die Turnhalle – ins Gespräch als Unterkunft zur Erstaufnahme gebracht. Auch diese Maßnahme habe der Krisenstab der Verwaltung bereits vorbereitet. Diesbezüglich habe die Verwaltung auch schon den zuständigen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) kontaktiert.

In der heutigen Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes habe man über alle Parteigrenzen hinweg einen Forderungskatalog an die Bundeskanzlerin und an die Ministerpräsidentin erarbeitet, aus dem u. a. ganz klar die Forderung nach einer zukünftigen Planungssicherheit für die Kommunen betont wird.

Weitere detaillierte Informationen zum Thema werden zum einen im nächsten Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales und zum anderen im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Stadthalle am 12.11.2015 erfolgen.

Ratsherr Logemann dankt der Verwaltung, insbesondere Fachbereichsleiter Peter Feuser für die engagierte Arbeit in diesem Bereich und erläutert die Intention des Antrages. Er stellt den Antrag, die in Ziffer 2 des gemeinsamen Antrages erwähnte Prüfung einer Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit zur Einrichtung einer Stabsstelle bis zur nächsten Sitzung des Rates durchzuführen. Dies solle Bestandteil des Beschlusses sein.

Auch Ratsherr große Deters dankt Fachbereichsleiter Peter Feuser und allen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz. Als Vorsitzender des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales habe er den Eindruck, dass die von Ratsherrn Logemann beschriebene Thematik bereits vor Stellung des Antrages von der Verwaltung aufgegriffen worden sei.

Ratsherr Meyer erklärt für die UWG-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung und dankt der Verwaltung für die gute professionelle Arbeit. Die UWG-Fraktion begrüße ausdrücklich die geplante öffentliche Informationsveranstaltung und spreche sich für Kontinuität in der Bürgerinformation aus. Des Weiteren sollten nicht die Fraktionen Stellen beantragen, sondern vielmehr sollte der Bürgermeister den Stellenbedarf benennen.

Ratsherr Schiebener spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das ausdrückliche Vertrauen in die Flüchtlingsarbeit der Verwaltung aus. Er begrüßt, dass im Beschlussvorschlag auch der Antrag seiner Fraktion berücksichtigt wurde.

Ratsherr Beißel betont, dass der gemeinsame Antrag auf Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger ziele, um so Verständnis für die Situation der Flüchtlinge zu wecken. Durch entsprechende Maßnahmen sollen chaotische Zustände in Rheinbach vermieden werden.

Ratsherr Wehage beklagt, dass die „große“ Politik keine praktischen Lösungen anbiete. Die politische Stimmung in Rheinbach sei noch gut, daher appelliere er an die Politik, auch die Belange der einheimischen Bevölkerung in Rheinbach nicht aus dem Focus zu verlieren. Es gelte, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Erster Beigeordneter begrüßt die Übereinstimmung der Fraktionen bei der Notwendigkeit zur Einstellung von weiterem Personal. Er unterstreicht, dass bei fortschreitender Entwicklung der Flüchtlingssituation zukünftig wohl noch weiteres Personal erforderlich werde. Bisher habe man die Situation gut meistern können, aber die Hauptaufgabe, nämlich die Integration der Menschen in unsere Gesellschaft, stehe noch bevor. Die von der Stadt gemachten Zukunftsplanungen in allen Bereichen des täglichen Lebens müssten neu vollzogen und die Flüchtlinge mit einbezogen werden. Dies werde eine weitere Aufstockung des Personals erforderlich machen.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag einschließlich der Ergänzung durch Ratsherrn Logemann abstimmen.